

XVI. Kreditunternehmungen unter Haftung, beziehungsweise Mitwirkung der Gemeinde Wien.

1. Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Die Berichtszeit umfaßt die Kalenderjahre 1914 bis einschließlich 1918.

Das Jahr 1914 brachte der Zentralsparkasse durch das Ableben des Vizebürgermeisters Dr. Josef Porzner, der im Sinne der statutarischen Bestimmungen dem Kuratorium und dem Ausschuß als Vorsitzenderstellvertreter angehörte, einen schweren Verlust. Dr. Josef Porzner gebührt ein hervorragender Anteil an der Gründung und gedeihlichen Entwicklung der Anstalt; seiner Fürsorge danken mehrere Zweiganstalten und der Kreditverein der Zentralsparkasse ihre Entstehung. An seine Stelle trat Vizebürgermeister Josef Rain.

Mit dem Beschluß des Gemeinderates vom 22. September 1914 wurde der bisherige Leiter der Anstalt Dr. Alfred Meller zum Direktor der Zentralsparkasse ernannt.

Am 3. Dezember 1918 schied Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer infolge Rücktrittes von seiner Stelle auch aus dem Kuratorium und dem Ausschuß aus, als deren Vorsitzenderstellvertreter er seit dem Jahre 1907 gewirkt hatte. In der Person des an seine Stelle zum Vizebürgermeister berufenen Gemeinderates Jakob Reumann erhielten hierauf die beiden Körperschaften einen neuen Vorsitzendenstellvertreter.

Mit dem Ablauf des Jahres 1916 vollendete die Anstalt das erste Dezennium ihres Bestandes. Die Größe und Ausdehnung, die sie in diesem Zeitraum erreicht hat, geben ihr einen Platz in der vordersten Reihe der österreichischen Sparkassen und verleihen ihr in dem Wirtschaftsleben der Stadt Wien eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Um diesen Markstein in der Geschichte der Anstalt dem Geist der Zeit entsprechend zu kennzeichnen, hat das Kuratorium in der Sitzung vom 28. Dezember 1916 beschlossen, aus dem Reservefond der Anstalt einen Betrag von 100.000 K zur Errichtung einer „Jubiläumstiftung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien“ zu verwenden, wozu der Gemeinderat mit dem Beschluß vom 13. März 1917 seine Genehmigung erteilte.

Der Stand der Einlagen, der Ende 1913 bei 138.872 Konten 167,718.000 K betragen hatte, sank zu Ende 1914 bei 153.517 Konten auf 158,918.000 K und stieg in den Jahren 1915, 1916, 1917 und 1918 bei 166.888,

178.011, 192.016 und 207.247 Konten auf 173,306.000 K, 210,873.000 K, 250,253.000 K und 304,476.000 K.

Nach dem Gesamteinlagenstand und der Anzahl der Konten entfiel auf ein Einlagebuch durchschnittlich Ende 1913 ein Betrag von 1208 K, 1914 von 1035 K, 1915 von 1038 K, 1916 von 1184 K, 1917 von 1303 K und 1918 von 1469 K.

Die Mobilisierung der gesamten Wehrmacht, sowie die ängstliche Besorgnis einer Anzahl von Einlegern um die Sicherheit ihrer Ersparnisse führten im Jahre 1914 zu einem Ansturm und bedeutenden Abhebungen von Einlagen bei allen Sparinstituten. Seitens der Anstalt wurden in der Zeit vom 25. Juli bis 3. August 1914 an 15.861 Parteien 6,455.565 K 92 h zurückgezahlt. Die sofortige Befriedigung dieser Rückforderungen, bei der begründete Ansprüche weit über den Rahmen der Bestimmungen des Moratoriums hinaus berücksichtigt wurden, trug neben den von maßgebenden Stellen erlassenen aufklärenden Veröffentlichungen gewiß in hohem Maße dazu bei, daß diese Bewegung bald zum Stillstand kam und schon vom 4. August an fast den ganzen Monat hindurch eine tägliche Zunahme der Einlagen bei der Anstalt zu verzeichnen war.

Die tiefgreifenden Wirkungen, die der Weltkrieg seit seinem Beginn auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens hervorrief, kamen bei den Geldinstituten hauptsächlich in einer außerordentlichen Geldflüssigkeit zum Ausdruck. Der ungeheure Umsatz vieler geschäftlicher Unternehmungen, den der gewaltige Materialbedarf des Krieges nach sich zog, und die fortschreitende Räumung von Vorräten und Lagerbeständen aller Art schufen eine Fülle von Umlaufsmitteln, die auch durch die geldtechnische Wirkung der staatlichen Kreditoperation nur vorübergehend gemildert, nicht aber beseitigt werden konnte. Die ins Ungeahnte wachsende Vermehrung der Umlaufsmittel und die übermäßige, mit der steigenden Teuerung aller wirtschaftlichen Güter einhergehende Geldfülle bewirkten eine außerordentliche Steigerung der Einlagen und Kontokorrentguthaben bei allen Banken und Sparkassen, obwohl namentlich die Sparkassen der Übernahme großer, zur bloß vorübergehenden Veranlagung bestimmter Geldbeträge aus naheliegenden Gründen nur ein geringes Interesse entgegenbrachten.

Einer zweiten, weit stärkeren Kraftprobe als der oben erwähnten bei Kriegsausbruch war die Zentralsparkasse gelegentlich der Emission der österreichischen Kriegsanleihe im Herbst 1914 ausgesetzt, bei der sie trotz der durch bedeutenden Personalmangel hervorgerufenen technischen Schwierigkeiten erfolgreich die Funktion einer Zeichnungsstelle durchführte. Das Gesamterfordernis für die durch die Zeichnungen der Einleger abgehobenen Summen und die Zeichnung für eigene Rechnung betrug 40,226.154 K 18 h, das ist 25 $\frac{1}{3}$ % des Einlagenstandes, den die Anstalt am 1. November 1914 aufzuweisen hatte.

Nach der Statistik über die Zeichnung der Kriegsanleihe wurde die Zentralsparkasse bei diesem Anlaß unter allen Sparkassen Österreich-Ungarns prozentual am stärksten in Anspruch genommen. Dies erklärt auch den Rückgang des Einlagenstandes im Jahre 1914 von 167,718.000 K auf 158,918.000 K.

Auch bei der II. bis VIII. Kriegsanleihe fungierte die Anstalt als Zeichnungsstelle.

Bei allen acht Kriegsanleihen betrug die Gesamtsumme der aus den Mitteln der Zentralsparkasse gezeichneten Kriegsanleihen einschließlich der Zeichnungen für eigene Rechnung der Sparkasse 262,566.400 K Nominale.

Die Anstalt wirkte auch bei dem im Jahre 1916 den Besitzern I. und II. österreichischer Kriegsanleihe angebotenen Umtausch in V. österreichische Kriegsanleihe (40jährige Staatsanleihe) mit, wobei durch sie 26,156.100 K Nominale kurzfristiger staatlicher Verbindlichkeiten in langfristige umgewandelt wurden.

Die bei der Emission der Kriegsanleihen gewonnenen Erfahrungen und die in die breitesten Schichten der Bevölkerung reichenden Beziehungen setzten die Sparkasse in die Lage, im Jahre 1916 bei der Ausgabe der 5½ % igen Kassenscheine der Stadt Wien, im Jahre 1917 der beiden 4½ % igen Wiener Anleihen und auch im November 1918 der 4 % igen Anleihe der Stadt Wien sich erfolgreich zu betätigen.

Von der Ende 1918 zur Zeichnung aufgelegten deutschösterreichischen Staatsanleihe subskribierte die Sparkasse 5,257.150 K Nominale. Außerdem besorgte die Anstalt die Durchführung von Anmeldungen der Parteien per 6,205.650 K Nominale.

Die Geldwirtschaft des Jahres 1918 war hauptsächlich beherrscht von dem ins Gigantische gewachsenen Banknotenumlauf, mit dessen Ansteigen gleichzeitig der bestehende Warenmangel an Ausdehnung gewann, so daß die geschäftliche Betätigung und Produktion immer größeren Schwierigkeiten begegnete. Dazu kam noch, daß sich das Interesse des anlageSuchenden Kapitals infolge der mißlichen politischen Verhältnisse von den früher so beliebten Staatswerten abwandte. Unter diesen Umständen suchten die baren Geldmittel noch mehr, als es bisher der Fall war, die freilich verhältnismäßig wenig einträgliche Verwertung in der Veranlagung bei Banken und Sparkassen. Von diesen den Instituten zufließenden Geldern war ein Großteil ihrem Wesen nach nur zur vorübergehenden Anlage bestimmt, weshalb die Anstalten darauf bedacht sein mußten, namhafte Vorkontenbestände und reichliche, rasch flüssig zu machende Veranlagungen zu unterhalten, um den zu gewärtigenden Rückforderungsansprüchen ohne Stockung gerecht werden zu können. Dabei waren die Möglichkeiten einer sicheren und zugleich auch bescheidenen Anforderungen der Rentabilität genügenden Verwertung so großer Geldbeträge, wie sie hier in Frage kamen, äußerst gering, da die Ausgabe, beziehungsweise Erneuerung der Salinenscheine allmählich eingestellt wurde und die Pflege des Privatdiskonts bei dem Mangel an erstklassigem Wechselmaterial und dem weit unter dem Einlagezinsfuß stehenden Sätzen nicht in Betracht kam. Allein die Emission von Kassenscheinen der Österreichisch-ungarischen Bank, die allerdings gegen Ende des Jahres zugleich mit der Befristung weiterer Prolongationen wieder eingestellt wurde, gab Gelegenheit, einen entsprechenden Teil der verfügbaren Mittel unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen einer mobilen Veranlagung zuzuführen. Am Schluß des Jahres 1918 standen Kassenscheine der Österreichisch-ungarischen Bank im Betrag von 56,100.000 K im Besitz der Anstalt. Der hohe Stand der liquiden Veranlagung kam dem Institut außerordentlich zustatten, als gegen Ende Oktober 1918 unter dem Einfluß der sich überstürzenden politischen und militärischen Begebenheiten, die dem Zusammenbruch der Monarchie unmittelbar vorhergingen, allgemein in der Ein-

legerschaft eine starke Beunruhigung entstand, die zahlreiche und namhafte Abhebungen von Spareinlagen hervorrief. Die gleichzeitig aufgetauchten, allerdings grundlosen Gerüchte über ein seitens der Regierung geplantes Moratorium und der tatsächlich eingetretene Mangel an Banknoten verschärften die Situation, die vollends dadurch kritisch wurde, daß auch augenblicklich nicht zu überwindende Schwierigkeiten in der Notenerzeugung bestanden.

Trotz dieser Hemmungen gelang es, die bei den Kassen der Anstalt erhobenen Rückforderungsansprüche der Einleger, die in der Zeit vom 21. Oktober bis einschließlich 8. November 1918 23,991.907 K 33 h erreichten, ohne Aufschub und anstandslos zu befriedigen, wodurch binnen wenigen Tagen die Besorgnis weiter Sparerkreise beseitigt wurde und eine ruhigere Auffassung der Sachlage eintrat, so daß allmählich das frühere Verhältnis der täglichen Einlagen und Rückzahlungen zurückkehrte und bald darauf wieder die Einlagen die Abhebungen weit überstiegen.

Während 1914 für den Realkredit noch die Summe von 5,862.046 K zur Verfügung gestellt werden konnte, ließen die Verhältnisse im Jahre 1915 die Gewährung von Hypothekendarlehen untunlich erscheinen. Die Geschäftsstille auf dem Bauplatz und der fast vollständige Mangel an Neubauten beeinflussten auch im Jahre 1916 wesentlich die Entwicklung des Hypothekengeschäftes. Dieses Jahr brachte unter anderen Änderungen des bürgerlichen Rechtes auch einschneidende Neuerungen auf dem Gebiet des Grundpfandrechts, die durch gewisse Bestimmungen der letzten Novelle zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, wie die Normen über die Verjährung dreijähriger Rückstände an Annuitäten und die Einführung des Verfügungsrechtes des Eigentümers über rückgezahlte Hypothekarforderungen, dem Gläubiger und Schuldner Schwierigkeiten schaffen, ja vielfach Nachteile bereiten. Im Jahre 1917 wurden Hypothekendarlehen im Gesamtbetrag von 4,424.715 K 63 h zugezählt. Die Fülle der der Anstalt im Jahre 1918 zugeflossenen Einlagen hätte eine ausgedehnte Betätigung auf dem Gebiet des Hypothekarkredits ermöglicht; doch der nahezu vollständige Mangel einer Bautätigkeit, die an allen Orten herrschende Geldfülle und die günstige Lage des Pfandbriefmarktes haben naturgemäß ihre hemmenden Einflüsse auf das Hypothekengeschäft ausgeübt, die auch eine entgegenkommende Neuregelung der Darlehensbedingungen nicht zu überwinden vermochte, so daß im Jahre 1918 Hypothekendarlehen nur im Betrag von 1,000.091 K 20 h zugezählt wurden. Der Stand der Hypothekendarlehen betrug am Ende der Berichtszeit 95,223.000 K.

Die bei landwirtschaftlichen Hypotheken im Laufe des Krieges vielfach beobachtete Erscheinung freiwillig verstärkter Tilgung oder vorzeitiger gänzlicher Rückzahlung zeigte sich auch bei den von der Zentralsparkasse gewährten Hypothekendarlehen, die mit Ausnahme vereinzelter Fälle nur auf Wiener Häusern und Grundstücken sichergestellt sind. Außerdem gingen die tilgungsplanmäßigen Abstattungen regelmäßiger ein, und es verminderten sich die Rückstände an Darlehenszinsen. Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß die materielle Lage der Darlehensschuldner sich in der Berichtszeit wesentlich günstiger gestaltet hat.

Als Gebärungsüberschuß ergab sich 1914 ein Betrag von 893.391 K 64 h, 1915 von 1,332.140 K 41 h, 1916 von 2,030.614 K 17 h, 1917

von 2,683.076 K 81 h und 1918 von 133.634 K 63 h. Der Bewertung des Effektenbesitzes der Anstalt wurden in den Bilanzen der Jahre 1914 bis 1917 die letzten Börsenkurse vom 25. Juli 1914, beziehungsweise bei Neuerwerbungen die Anschaffungspreise, in der Bilanz des Jahres 1918 aber die amtlichen Schätzwerte vom 31. Dezember 1918 zugrunde gelegt. Der Bilanzwert der eigenen Effekten ist zu Ende 1918 im Hauptfond mit 97,479,554 K 38 h ausgewiesen. Die Darlehen auf Wertpapiere betragen zu dieser Zeit 50,019,458 K 31 h.

Die Reserven der Anstalt erreichten durch die Zuweisung aus dem Reingewinn und ihr Erträgnis, sowie nach Abzug der buchmäßigen Kursverluste am 31. Dezember 1918 den Betrag von 5,777,442 K 04 h (3,173,706 K 49 h Reservefond, 1,019,942 K 12 h Pensionsreserve und 1,583,793 K 43 h Spezialreserven).

Für Kriegsfürsorgezwecke widmete die Sparkasse insgesamt den Betrag von 272.000 K.

Der seit Oktober 1911 der Sparkasse angegliederte Kreditverein zählte zu Ende der Jahre 1914: 418 Mitglieder mit einer Kreditbeteiligung von 2,691.700 K, 1915, 1916, 1917 und 1918: 452, 493, 483 und 479 Mitglieder mit einer Kreditbeteiligung von 3,053,550 K, 3,132.400 K, 3,186.500 K und 3,891.000 K.

Eingeräumt wurden 1914 bis 1918: 151, 51, 72, 32 und 55 Mitgliedern Kredite von 1,121.700 K, 391.000 K, 242.600 K, 252.000 K und 868.700 K.

Der Kreditverein hat es während der Berichtszeit als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, seinen Mitgliedern die zur Ausführung von Aufträgen der Heeresverwaltung und anderer Stellen erforderlichen Mittel gegen Zession der Verdienstsomme oder anderweitige Sicherstellung zur Verfügung zu stellen. Um die Erreichung des Vereinszweckes voll zu ermöglichen, stellte die Zentralsparkasse über Beschluß des Gemeinderates vom 22. September 1914 dem Kreditverein auf die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse außer dem statutenmäßig eingeräumten Kredit einen weiteren Betrag von 1,000.000 K zur Verfügung. Der Kreditverein übernahm im Jahre 1915 auch die Funktionen einer Zahlstelle in wichtigen Approvisionierungsangelegenheiten der Stadt Wien. Der Umsatz ist dadurch von 21,000.000 K im Jahre 1914 bis auf 492,000.000 K im Jahre 1918 gestiegen. In der am 20. Dezember 1916 abgehaltenen außerordentlichen Plenarversammlung der Mitglieder des Kreditvereines wurde der Beschluß gefaßt, den zulässigen Maximalkredit von 30.000 K auf 60.000 K zu erhöhen; die bezügliche Statutenänderung wurde mit dem Gemeinderatsbeschluß vom 6. Februar 1917 bewilligt und der n.-ö. Statthalterei behufs staatlicher Genehmigung vorgelegt. Der Zinsfuß für mündelsichere Wertpapiere wurde 1916 von 6% auf 5%, für Kredite gegen grundbücherliche Sicherstellung von 6% auf 5½% p. a. ermäßigt. Mit Rücksicht auf die geänderten Geldverhältnisse entschloß sich der Ausschuß im Jahre 1918, die Erhöhung der Maximalkreditsumme auf 100.000 K zu beantragen.

Der Reingewinn bezifferte sich 1914 auf 39.937 K 30 h, 1915 auf 58.414 K 86 h, 1916 auf 61.631 K 40 h, 1917 auf 53.246 K 09 h und 1918 auf 55.336 K 77 h.

Der Sicherstellungsfond erreichte Ende 1918 die Summe von 202.760 K und der Reservefond von 324.581 K 16 h.

2. Wiener Kommunalsparkassen.

Die fünf Wiener Kommunalsparkassen (Wiener Kommunalsparkassa im Bezirk Rudolfsheim, im Bezirk Hernals, im Bezirk Währing, im Bezirk Döbling und im Bezirk Floridsdorf) sind aus den Gemeindeparkassen der ehemaligen Vorortegemeinden Sechshaus, Hernals, Währing, Döbling und der ehemaligen Gemeinde Floridsdorf hervorgegangen.

Die Verwaltung jeder Kommunalsparkassa wird durch einen von der Bezirksvertretung gewählten Sparkassaausschuß und eine aus der Mitte des letzteren gewählte Direktion besorgt.

Der Ausschuß besteht bei den vier erstgenannten Sparkassen aus je 18, die Direktion aus je 6 Mitgliedern; bei der Kommunalsparkassa im Bezirk Floridsdorf besteht der Ausschuß aus 24 und die Direktion aus 8 Mitgliedern; außerdem ist der Bürgermeister von Wien kraft seines Amtes Mitglied des Ausschusses und der Direktion, sowie Vorsitzender des Ausschusses jeder dieser Sparkassen und berechtigt, sich durch einen von ihm bestimmten Delegierten vertreten zu lassen. Delegierte des Bürgermeisters waren in der Berichtszeit bei der Kommunalsparkassa im Bezirk Rudolfsheim Stadtrat Leopold Brauneiß (nach dem Ableben des Gemeinderates Josef Schlögl), im Bezirk Hernals Gemeinderat Josef Leitner, im Bezirk Währing Bezirksvorsteher Anton Baumann, im Bezirk Döbling Stadtrat Leopold Tomola und im Bezirk Floridsdorf Bezirksvorsteher Anton Anderer.

Hinsichtlich der Geschäftstätigkeit der Kommunalsparkassen sei folgendes erwähnt:

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Zentralsparkassa der Stadt Wien infolge der Kriegsereignisse ergaben, zeigten sich in gleicher Weise auch bei den Kommunalsparkassen.

Der Einlagenstand stieg bei der Kommunalsparkassa im Bezirk Rudolfsheim von 81,531.042 K 23 h zu Ende 1913 auf 129,066.042 K 29 h zu Ende 1918, im Bezirk Hernals von 64,968.914 K 19 h auf 103,852.361 K 65 h, im Bezirk Währing von 43,238.694 K 68 h auf 73,444.924 K 60 h, im Bezirk Döbling von 11,695.820 K 46 h auf 20,574.185 K 01 h und im Bezirk Floridsdorf von 20,237.737 K 63 h auf 35,303.752 K 49 h.

Die fruchtbringende Anlage der Spareinlagen und des Sparkassavermögens erfolgt bei den Kommunalsparkassen hauptsächlich durch Gewährung von Hypothekendarlehen und durch Ankauf von zinstragenden pupillarficieren Wertpapieren, sowie auch durch Gewährung von Vorschüssen auf Wertpapiere; der Wechselkont wird nur von den Sparkassen in Hernals und Währing betrieben.

Der Stand der Hypothekendarlehen betrug zu Ende 1918 bei der Sparkassa in Rudolfsheim 58,187.438 K 16 h, in Hernals 43,760.724 K 49 h, in Währing 31,921.755 K 29 h, in Döbling 9,876.793 K 93 h und in Floridsdorf 14,914.389 K.

Die Gesamtsumme der Wertpapiere des Verwaltungs- und des Reservefonds belief sich zu Ende 1918 bei der Sparkassa in Rudolfsheim auf 62,730.371 K, in Hernals auf 53,589.014 K 50 h, in Währing auf 39,775.521 K 26 h, in Döbling auf 8,405.995 K und in Floridsdorf auf 13,817.678 K 80 h.

Die Reservefonds erreichten zu Ende 1918 bei der Sparkassa in Rudolfsheim die Höhe von 3,872.260 K 92 h, in Hernals von 1,558.247 K 44 h, in

Währing von 1,795.429 K 01 h, in Döbling von 555.658 K 74 h und in Floridsdorf von 1,204.077 K 81 h.

Der gesamte Verwaltungsgewinn des Jahres 1918 betrug bei der Sparkassa in Rudolfsheim 726.061 K 64 h, in Hernals 524.918 K 71 h, in Währing 564.620 K 34 h, in Döbling 146.922 K 73 h und in Floridsdorf 155.774 K 38 h.

An Spenden für wohltätige und gemeinnützige Zwecke wurde im Jahre 1918 von der Kommunalsparkassa im Bezirk Rudolfsheim ein Betrag von 14.200 K, im Bezirk Währing von 59.000 K und im Bezirk Floridsdorf von 13.000 K gewidmet. Im übrigen wurden die Verwaltungsgewinne zur Tilgung der ausstehenden buchmäßigen Kursverluste und zur Bildung, beziehungsweise Stärkung der Kursverlustreserven verwendet.

3. Städtische Versicherungsanstalt.

Die Anstalt verlor im Mai 1914 durch das Ableben des Vizebürgermeisters Dr. Josef Porzer den langjährigen Vorsitzenden in ihrem Direktions- und Verwaltungsausschuß. Zufolge einer Satzungsänderung, die vom Gemeinderat am 22. Mai 1914 beschlossen und vom Ministerium des Innern am 20. August 1914 genehmigt wurde, übernahm der Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner als solcher mit 22. Mai 1914 den Vorsitz der Anstalt.

Nach den Neuwahlen in den Gemeinderat im Mai 1919 schied dieser aus der Gemeindevertretung und satzungsgemäß auch aus dem Verwaltungsausschuß der Anstalt aus und es übernahm der neugewählte Bürgermeister Jakob Reumann den Vorsitz der Anstalt.

Der Verwaltungs- und Direktionsausschuß wurden in der Gemeinderats-sitzung vom 4. Juni 1919 neugewählt; bei der am 12. Juni 1919 durchgeführten Konstituierung der beiden Ausschüsse wurde mit der Stellvertretung des Bürgermeisters im Vorsitz Gemeinderat Julius Verma n n betraut.

Im Mai 1914 erwarb die Anstalt das ehemalige Schönbrunnerhaus, I, Tuchlauben 8, als Amtsgebäude und es übersiedelte die Direktion im Oktober 1914 dorthin.

Der Aufschwung in der Zahl der eingereichten Versicherungsanträge und der ausgestellten Policen, sowie das regelmäßige Anschwellen der Prämien-einnahme, wie es in den Vorkriegsjahren zu verzeichnen war, erfuhr zunächst eine Verlangsamung, setzte jedoch in den Geschäftsjahren 1918 und 1919 wieder kräftig ein. Während der ganzen Berichtszeit zeigt sich im allgemeinen eine Steigerung der durchschnittlichen Versicherungssumme.

Zu den bisherigen Versicherungszweigen (reguläre Kapitals- und Rentenversicherung, Leichenkosten- und Beamten-Pensionersparversicherung) wurde als neuer Zweig nach mehrjährigen Vorbereitungsarbeiten mit Ende des Jahres 1914 die Volksversicherung (Versicherung kleinerer Kapitalien ohne ärztliche Untersuchung und gegen runde Prämienbeträge) eingeführt.

In der Leichenkostenversicherung, die Leichenbegängnisse in Wien und der Provinz, sowie Grabsteine und Graberhaltungen in Wien und Bargeldebeträge versichert, wurde vom 1. Jänner 1914 an die Organisation, Akquisition und der sonstige Parteienverkehr in Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses vom

11. Juni 1913 durch die „Gemeinde Wien — Städtische Leichenbestattung“ geführt.

Hinsichtlich der Beamten-Pensionersatzversicherung wurde die mit der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juni 1914, R. G. Bl. Nr. 138, erfolgte Novellierung des Pensionsversicherungsgesetzes, deren ausschlaggebendste Änderung die Herabsetzung der zehnjährigen Wartezeit auf fünf Jahre ist, sowohl bei der Bemessung von Ansprüchen als auch bei der Reservierung der Anwartschaften sofort zur Anwendung gebracht.

Der Stand der Versicherungen betrug, wenn die Renten im Sinne des kaiserlichen Patentgesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, kapitalisiert werden, in allen Versicherungsgruppen zusammen:

	Verträge	mit rund Kronen Kapitalwert
Am 31. Dezember 1914	63.922	120,000.000
„ „ „ 1915	64.367	120,000.000
„ „ „ 1916	65.236	124,000.000
„ „ „ 1917	69.807	135,000.000
„ „ „ 1918	74.981	150,000.000

Somit ergab sich ein Zuwachs gegen das Vorjahr um:

	Verträge	mit rund Kronen Kapitalwert
Im Jahre 1914	3249	5,600.000
„ „ 1915	445	—
„ „ 1916	869	4,000.000
„ „ 1917	4571	11,000.000
„ „ 1918	5174	15,000.000

Die Einnahmen der Anstalt in den Berichtsjahren betragen in Kronen im Jahre 1914: 6,394.489, 1915: 6,583.380, 1916: 7,045.198, 1917: 8,524.002 und 1918: 10,325.053.

Die Prämien- und sonstigen Reserven sind angewachsen mit Ende 1914 auf 26,120.141 K, mit Ende 1915 auf 29,721.063 K, mit Ende 1916 auf 33,140.288 K, mit Ende 1917 auf 38,053.121 K und mit Ende 1918 auf 43,160.693 K.

Für fällige Versicherung und Renten wurden im Jahre 1914 1,449.836 K, im Jahre 1915 1,921.166 K, im Jahre 1916 2,011.770 K, im Jahre 1917 2,079.370 K und im Jahre 1918 2,547.746 K ausbezahlt, so daß seit Bestehen der Anstalt aus diesem Titel bis 31. Dezember 1918 insgesamt 16,796.545 K verausgabt wurden, während mit diesem Tage weitere 242.307 K für schwebende Schadenzahlungen reserviert blieben.

In den Berichtsjahren konnte bis einschließlich 1917 die Auszahlung von Dividenden an die Versicherten statt mit 5% mit 6% der Jahresprämie bestimmt werden.

Die große Steigerung aller Verwaltungsauslagen (Personalkosten und Steuern), sowie das Bedürfnis nach Schaffung einer Kriegsverlustreserve, die aus dem Gebahrungsbüchse des Geschäftsjahres 1918 mit 800.000 K dotiert

wurde, bedingte vom Jahre 1918 an die Einstellung einer Dividendenauszahlung bis zum Wiedereintritt der gewöhnlichen Verhältnisse.

Die Kriegsbeschränkungen der Versicherungsbedingungen konnten von Fall zu Fall durch Zahlung einer Extraprämie gänzlich außer Kraft gesetzt werden, wovon ziemlich Gebrauch gemacht wurde.

Prämienstundungen unter voller Aufrechtbelastung des Vertrages wurden an Eingerückte und deren Angehörige reichlich erteilt.

Dagegen leistete die Anstalt ihre Zahlungen ohne Verzug und selbst ohne Inanspruchnahme des angesammelten Kriegsreservefonds, obwohl die Kriegsschäden (Tod, beziehungsweise Invaldität infolge unmittelbarer Einwirkung des Krieges) bis 31. Dezember 1918 den Betrag von 1.010.929 K an sofort flüssigen Kapitalien oder sofort rückstellbaren Rentenwerten erreichten.

Die Durchschnittsziffer der Untersterblichkeit, welche im letzten Friedensjahr 43% betragen hatte, sank infolge des Krieges auf 32% ; in diesem Belange war das Jahr 1915 das ungünstigste, indem dasselbe eine Übersterblichkeit von 2½% aufzuweisen hatte. Das Jahr 1918 brachte eine Untersterblichkeit von 30%.

Das finanzielle Ergebnis der Berichtsjahre ist ein befriedigendes.

Der Gebarungsüberschuß betrug im Jahre 1914: 439.391 K, im Jahre 1915: 458.561 K, im Jahre 1916: 511.834 K, im Jahre 1917: 378.499 K und im Jahre 1918: 840.438 K.

Von Kriegsausbruch bis zum Kriegsende hat die Anstalt den verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen einen Gesamtbetrag von 105.555 K zugewendet.

Zu den österreichischen Kriegsanleihen zeichnete die Anstalt 9.000.000 K und übernahm überdies durch den Betrieb der Kriegsanleihezeichnungsversicherung einen Betrag von 7.659.100 K zur Zeichnung auf die VI., VII. und VIII. Kriegsanleihe.

In Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 23. Juni 1915 betreffend Widmung von 120.000 K für 300 Wiener Waisen anlässlich der Befreiung Lembergs konnte die Anstalt im Dezember 1916 und 1917 je 100 Aussteuerpolizzen zu 600 K zur Verteilung bringen.

Da während des Krieges zwei Drittel der Angestellten zur militärischen Dienstleistung eingerückt waren, erwies sich die Aufnahme von Kriegsaus Hilfskräften als notwendig; diese letzteren konnten mit Rücksicht auf den vom I. Halbjahr 1919 an einsetzenden Aufschwung in der Geschäftsbewegung auch weiterhin in den Diensten der Anstalt verbleiben.